

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
168 · Ausgabe CH · Februar 2017
AZB 3001 Bern



**ENDSPURT
USR III:
JETZT DEN
NACHBARSCHAFTS-
BRIEF KOPIEREN
UND VERTEILEN!
SEITE 7**

«Wir müssen auch auf der Werteebene Antworten liefern»

Ein politischer Ausblick von Christian Levrat: Neben wichtigen wirtschaftspolitischen Vorlagen wie der USR III und der Rentenreform stehen 2017 gesellschaftspolitische Diskussionen im Fokus. Seiten 2 bis 4

RECHTSPOPULISMUS

Auf den Rechtspopulismus müsse die Linke mit Klassenkampf von unten reagieren, sagt der Soziologe Klaus Dörre. Er ist Gast am öffentlichen Fraktionsanlass vom 17. Februar. Seiten 13–15

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

Für Nationalrat Matthias Aebischer ist das Wirtschaftsdemokratie-Papier zu lang und zu kompliziert geschrieben. Er hat darum die wichtigsten Forderungen daraus zusammengefasst. Seiten 16 und 17

«Die Logik der CVP ist die der Islamisten»

CHRISTIAN LEVRAT ÜBER DIE USR III, DIE RENTENREFORM UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE DISKUSSIONEN, WELCHE ER MIT DER SP VERMEHRT FÜHREN WILL.

Das letzte Jahr stand unter dem Eindruck des Rechtsrutsches im Parlament. Was erwartet uns 2017?

Es gibt dieses Jahr vier Abstimmungen, die wir gewinnen müssen: die Unternehmenssteuerreform III, die Rentenreform, die Energiestrategie 2050 und eine Europa-Vorlage. Die letzten drei Vorlagen beruhen auf Kompromissen, die wir 2016 im Parlament erreicht haben.

Dann war also der prophezeite Durchmarsch der Rechten im Parlament gar nicht so schlimm?

Das Bild täuscht: Das tägliche Geschäft im Bundeshaus ist dominiert von der Rechten. Am klarsten hat man das beim Budget gesehen. Täglich geben sie mehr Geld aus für die Armee, die Landwirtschaft und Strassen. Im Gegenzug sparen sie bei der Bildung oder beim Sozialen. Auch die USR III zeigt schön auf, was der Rechtsrutsch im Parlament bedeutet: Die Vorlage von Eveline Widmer-Schlumpf wurde in der Parlamentsberatung durch die Rechte und Ueli Maurer regelrecht massakriert. Aus einem ausgewogenen Vorschlag ist eine reine Provokation geworden.

«Die Rechte und Ueli Maurer haben die Vorlage von Eveline Widmer-Schlumpf regelrecht massakriert.»

Was ist an der USR III falsch?

Die ursprüngliche Vorlage sollte haushaltsneutral sein. Das Parlament hat die vorgesehene Gegenfinanzierung durch die Kapitalgewinnsteuer jedoch gestrichen, und statt die Abzugsmöglichkeiten bei den Steuern auf ein Minimum zu reduzieren, hat es neue geschaffen. Das Ergebnis führt zu Ausfällen von mehr als 3 Milliarden und bringt Gemeinden und Städte in eine unmögliche Situation. Viele werden die Steuern erhöhen müssen. Für meine Wohngemeinde etwa, ein ländliches 2000-Seelen-Dorf, hätte die USR III Mindereinnahmen von gegen 100 000 Franken zur Folge. Die müssen wir irgendwo wieder reinholen.

Ziel ist, dass diese Vorlage an der Urne abgelehnt wird, damit das Parlament eine neue ausarbeiten kann. Macht dann genau das gleiche Parlament eine bessere Vorlage?

Ja. Wenn die Stimmbevölkerung dieser überladenen Vorlage eine Abfuhr erteilt, können wir auf den ursprünglichen Vor-

Interview:
Andrea Bauer

schlag des Bundesrats zurückkommen. Und wir können Kantone, Städte und Gemeinden bei der Lösungssuche einbeziehen. Das Argument der Befürworter, das gehe zu lange, lasse ich übrigens nicht gelten. Die Schweiz konnte zur Rettung der UBS innerhalb von zwölf Stunden 60 Milliarden beschliessen, sie sollte in der Lage sein, in einem Jahr eine Steuerreform auszuarbeiten.

Im September gibt es eine obligatorische Abstimmung über die Rentenreform. Worüber wir genau abstimmen werden, entscheidet sich in der Frühlingssession. Wo geht die rote Linie der SP durch?

Die lässt sich an den Zielen des Bundesrats messen: keine Erhöhung des Rentenalters und keine Rentensenkung. Die Erhöhung auf 67 ist bereits gegessen, FDP, SVP und Gewerbeverband sind damit gescheitert. Was bleibt, ist die Frage des Rentenniveaus. Wenn die Ständeratsvariante mit einer Erhöhung der Renten um 70 Franken durchkommt, werde ich dafür kämpfen, dass die SP sie in der Abstimmung unterstützt. Es wäre ein historischer Fortschritt, wenn wir die AHV-Renten nach 20 Jahren erhöhen könnten. Für uns Linke wird es aber nicht einfach. Wir müssen gleichzeitig die Erhöhung des Frauen-Rentenalters und die Senkung des Umwandlungssatzes schlucken. Ich rechne mit kontroversen Diskussionen. Kommt die Nationalratsvariante mit einer Senkung der Renten durch, bekämpfen wir die Vorlage. Klar ist: Die SP kann in einer Rentendiskussion nicht neutral sein, es geht um eine unserer Errungenschaften.

Wie rechtfertigst du die Erhöhung des Frauenrentenalters?

Grundsätzlich ist das Rentenalter 64 für Frauen richtig. Denn solange ihre Löhne tiefer sind, sind auch ihre Renten tiefer. Unter dem Strich ist die Ständeratsvariante aber gerade aus Frauen-Perspektive ein guter Kompromiss. Frauen profitieren besonders von der Erhöhung der AHV und der Verbesserung der Versicherung für Teilzeitangestellte.

Bei der USR und der Rentenreform geht es um wirtschaftspolitische Fragen. Welche gesellschaftspolitischen Fragen stehen 2017 im Vordergrund?

Einerseits die Energiestrategie 2050. Wir haben sie initiiert, indem wir nach Fukushima statt des sofortigen Ausstiegs ein mehrheitsfähiges Projekt forderten. In einer Allianz, die notabene über fünf Jahre gehalten hat, haben wir im Parlament eine sehr konkrete Vision ausgearbeitet, wie wir die Erneuerbaren systematisch fördern und aus der Atomkraft aussteigen können. Das hat sich auf sehr unspektakuläre Weise in den Parlamentssälen abgespielt, ist aber von zentraler Bedeutung für unsere Wirtschaft. Eine weitere gesellschaftspolitische Diskussion wird das Verhältnis zur EU sein.

Bist du mit der Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative» zufrieden, wie sie das Parlament in der Wintersession beschlossen hat?

Die Situation ist ja eigentlich absurd: Eine Partei lanciert eine Initiative und versucht dann mit allen Mitteln, ihre Umsetzung zu verunmöglichen. Angesichts dessen haben wir das Maximum erreicht. Das wird auch von der Bevölkerung anerkannt. Ich verstehe nicht, warum die SVP so einen Zirkus macht und kein Referendum ergreift. Politik macht man nicht, indem man im Parlament Schilder hochhält, Politik macht man, indem man sich der politischen Instrumente bedient, allen voran des Referendums.

Das Referendum wurde ja ergriffen, wenn auch nicht von der SVP. Warum unterstützt die SP es nicht?

Nenad Stojanovic, er ist ja SP-Mitglied, ergreift dieses Referendum in einer plebiszitären Logik. Seine Haltung ist: Ich bin für das Gesetz, will es aber vom Volk bestätigt haben. Das ist das, was Cameron mit dem Brexit gemacht hat oder Renzi mit der Verfassungsänderung ... Es ist falsch. Das Referendum ist nicht da, um die Haltung einer Mehrheit zu bestätigen. Es ist für die Leute da, die das Gefühl haben, ein Gesetz gehe in die falsche Richtung. Es gibt ihnen die Möglichkeit, sich zu wehren und

eine Korrektur beim Volk zu erreichen. Ich fände es nicht lustig, wenn die Rechte jede Steuervorlage, die sie gewinnt, noch von der Bevölkerung bestätigen liesse.

Die Europa-Frage ist mit der Umsetzung der SVP-Initiative noch lange nicht gelöst. Wie geht die Diskussion weiter?

Wie gesagt rechne ich mit einer Abstimmung 2017 oder dann 2018, worüber, ist noch unklar. Es gibt das erwähnte Referendum, das durchaus zustande kommen kann. Dann hat der Bundesrat einen Gegenvorschlag zur RASA-Initiative angekündigt, und es gibt die RASA-Initiative selber. Deren Initianten machen sehr widersprüchliche Angaben dazu, ob und unter welchen Umständen sie sie zurückziehen. Und schliesslich haben Auns und SVP eine Initiative zur Kündigung der Bilateralen angekündigt. Ich gehe davon aus, dass sie diese erst auf die Wahlen 2019 hin lancieren, aber sie steht im Raum. Auf jeden Fall sollten wir uns weiter auf die Diskussion vorbereiten.

Wie?

Unsere Europa-Position haben wir am Parteitag Anfang Dezember geklärt. Wir sind für ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU und für einen weiteren Ausbau der Bilateralen. Sobald Grossbritannien und die EU ein institutionelles





Arrangement getroffen haben, schauen wir ausserdem, ob wir uns dort einklinken können und dadurch mehr Mitwirkungsrechte erhalten. Die Stimmung hierzulande gegenüber Europa wird sich nur verbessern, wenn Europa sich verändert.

Die EU ist keine Ansammlung von sozialdemokratischen Regierungen ... Was gibt dir Hoffnung, dass es trotzdem geschieht?

Alle lesen die derzeitigen Diskussionen über die Personenfreizügigkeit in der EU als Rückschritt. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass viele europäische Regierungen – auch die rechten – begriffen haben, dass es ohne flankierende Massnahmen, sprich: soziale Begleitmassnahmen nicht weitergeht. Die «goldene» Zeit der ultraliberalen Arbeitsrechte in der EU ist vorbei. Wir haben jetzt die Chance, die soziale Frage wieder stärker zu thematisieren.

Allerdings erleben wir zurzeit in praktisch allen Ländern Europas einen Aufstieg der Rechtsnationalisten. Wie stoppen wir sie?

Prinzipiell bin ich überzeugt, dass wir auf Fremdenfeindlichkeit mit sozialen Antworten reagieren müssen. Die Kampagnen der Rechten haben aber ein so starkes Ausmass angenommen und sind für unser Zusammenleben so bedrohend, dass ich zum Schluss gekommen bin, dass wir auch auf der Werteebene Antworten liefern müssen. Wenn gestandene Parteien wie die CVP auf den Wertediskurs aufspringen, zielen sie damit nicht mehr auf Stimmenoptimierung, sondern auf eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft.

Wie lauten die Antworten?

Der Zufall will es, dass CVP-Präsident Gerhard Pfister und ich den gleichen Philosophie-Proffessor hatten. Nur haben wir nicht die gleichen Schlüsse aus dem gezogen, was er gesagt hat. Wenn Pfister und die SVP behaupten, die Identität der Schweiz sei ausschliesslich christlich, dann müssen wir sagen: Falsch. Ihre Logik ist die gleiche wie die der Islamisten, die die religiöse Tradition über den Rechtsstaat stellen. Die Schweiz ist nicht aus der Kirche entstanden, sondern gegen die Kirche. Unsere Antwort, das sind die Aufklärung, der Rechtsstaat, die Gewaltenteilung, die Französische Revolution, die Gründung des Bundesstaats. Dem Einheitsbild des christlichen Abendlands müssen wir die Vielfalt der Schweiz entgegenstellen. Zur Schweiz gehören auch die Zugewanderte aus Portugal, die seit zehn Jahren hier arbeitet, oder der Kebab-Verkäufer in Basel. Der Älpler im Berner Oberland gehört genauso dazu wie die Stadtzürcherin. Ich will keinesfalls die christliche Tradition unseres Landes verneinen, ich bin selber praktizierender Katholik. Aber ich bin auch überzeugt, dass die Identität der Schweiz in der Vielfalt besteht. Diese Diskussion müssen wir im Hinblick auf die Wahlen viel stärker in den Vordergrund rücken.

«Die Schweiz ist nicht aus der Kirche entstanden, sondern gegen die Kirche.»

Was hältst du von dem Vorwurf, die Linke sei zu weit weg von den Arbeiterinnen und Arbeitern, wie es etwa Didier Eribon in seiner Analyse «Rückkehr nach Reims» schreibt?

Der Vorwurf ist uralt. Ich plädiere in dieser Frage für weniger Romantik und mehr Faktenanalyse. Die SP bestand schon immer aus Arbeitern einerseits und einem aufgeklärten Bürgertum andererseits. Was stimmt, ist, dass unsere Wählerschaft in den 70ern aus zwei Dritteln Arbeitern und einem Drittel Mittelstand bestand und es heute umgekehrt ist. Das heisst aber noch lange nicht, dass die SP die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht vertritt. Wir würden ihre Interessen auch dann noch vertreten, wenn wir aus ihren Reihen keine einzige Stimme mehr erhielten. Hinzu kommt: Die Arbeiterschaft hat sich stark verändert. Es gibt heute viel weniger klassische Arbeiterinnen und Arbeiter als früher. Und der Anteil derer, die kein Wahlrecht haben, ist stark gestiegen. Bei dieser Gruppe sind wir sehr stark verankert.

Du wurdest am Parteitag Ende 2016 von der SP-Basis als Präsident wiedergewählt und willst bis zu den Wahlen 2019 bleiben. Was hast du mit der SP noch vor?

Wir müssen die Wahlen 2019 gewinnen! Momentan befinden wir uns im Schadensbegrenzungs-Modus. Wir können uns aber keine weiteren vier Jahre von dieser Politik leisten. Ich bin sehr optimistisch, dass wir gewinnen. Die Rechte übertreibt es, wo sie nur kann. Die Wertediskussion von Pfister ist ein Himmelfahrtskommando. Er ist dabei, das ganze Mittelland aufzugeben, um sich auf die Stammlande und die Konkurrenz mit der SVP zu konzentrieren. Wir sind die einzige glaubwürdige Alternative zu dieser Phalanx.

Rund um den Parteitag hat sich ein sogenannter reformorientierter SP-Flügel zu Wort gemeldet. Die Gruppe will sich besser organisieren. Macht dir das Sorgen?

Nein. Als Präsident freue ich mich, wenn Mitglieder ankündigen, sich stärker in der und für die Partei engagieren zu wollen. Die SP braucht Identifikationsfiguren aus unterschiedlichen Ecken. Die Gruppe hat angekündigt, auch inhaltlich noch etwas deutlicher werden zu wollen, und ich nehme sie beim Wort. Mein Ziel war immer, die SP zum Ort zu machen, wo die relevanten Diskussionen links der Mitte stattfinden.



Unbequem, konstruktiv – und erfolgreich

«2016 WAR EIN GUTES JAHR FÜR DIE SP», TITELTE DAS FORSCHUNGSINSTITUT ÖFFENTLICHKEIT UND GESELLSCHAFT DER UNI ZÜRICH (FOEG) VOR WENIGEN TAGEN. DIE SP HABE AN MEDIALER BEACHTUNG STARK ZUGELEGT UND GENIESSE (ALS EINZIGE PARTEI NEBEN DER FDP) EINE POSITIVE REPUTATION. DAS FAZIT DER FORSCHUNG FREUT UNS NATÜRLICH. NUR: DECKT ES SICH MIT DER REALITÄT? ZEIT FÜR EINEN FAKTENCHECK.

Nationale Abstimmungen: Sechs Siege stehen ebenso viele Niederlagen gegenüber. Das klingt auf den ersten Blick durchgezogen, doch waren die Siege enorm wichtig. Mit dem Nein zur Durchsetzungsinitiative gelang uns ein Befreiungsschlag, den wir mit dem Ja zum Asylgesetz bestätigen konnten. Die Ablehnung der reaktionären CVP-Ehe-Initiative sowie der Milchkuh-Initiative der Strassenlobby waren weitere Puzzleteile im erfolgreichen Kampf gegen das neu formierte rechtskonservative Lager.

Auf der Minus-Seite steht der Gotthard zuoberst. Generell scheinen es Umwelthanliegen an der Urne schwerer zu haben als auch schon, siehe Grüne Wirtschaft und Atomausstieg. Nur zu Achtungserfolgen reichte es leider auch für unsere Initiativen AHVplus und Spekulationsstopp. Doch verstecken muss man sich mit 40 Prozent Ja-Stimmen sicher nicht.

Kantonale Abstimmungen: In mehreren Kantonen waren wir mit Referenden gegen die rechte Abbaupolitik erfolgreich, so im Aargau, in Schaffhausen, in Zug oder in Bern. Angriffe von rechts auf die Volksschule und die Bildung wurden erfolgreich abgewehrt.

Kantonale Wahlen: Acht Kantone haben 2016 gewählt. In fünf davon hat die SP zugelegt (AG, BS, SZ, SH, UR). In zweien (SG und TG) hat sie marginal verloren. Und in Freiburg wurde die SP trotz Einbussen erstmals stärkste Partei; also ein gefühlter Sieg. Über die Wahlsiege im Aargau (plus 5 Sitze) und Basel-Stadt (bestes Ergebnis seit 70 Jahren) wurde schon viel geschrieben. Es macht aber auch Hoffnung, dass die SP in «schwierigen» Kantonen wie Schwyz oder Uri bei den Wahlen 2016 gute Ergebnisse erzielt hat.

In den kantonalen Regierungswahlen konnte die SP ihre Sitze halten, mit Ausnahme von Bern. Dass die historisch einmalige links-grüne Mehrheit nicht ewig Bestand haben würde, war jedoch zu erwarten. Genauer hinzuschauen lohnt es sich in Basel und Freiburg. An beiden Orten versuchten die rechten Parteien einen grossen «Schulterschluss» und wollten der Linken mit massiver medialer und finanzieller Schützenhilfe einen Sitz abjagen. An beiden Orten sind sie damit kläglich gescheitert.

Aus der Fülle der kommunalen Wahlen seien nur drei Highlights herausgepickt: In Luzern und Lausanne eroberte die SP das Stadtpräsidium. Und in St. Gallen gelang es uns, dank einem Sitzgewinn erstmals die bürgerliche Mehrheit in der Stadtregierung zu kippen.

Fazit: Die nackten Zahlen 2016 lesen sich also tatsächlich gut. Wir legen in Wahlen zu – auch ausserhalb der traditionellen linken Hochburgen. Wir gewinnen wichtige Abstimmungen auf Bundes- und Kantonsebene. Und wir haben uns ganz klar als einzige glaubwürdige Oppositionskraft gegen das rechte Machtkartell etabliert. Was aber am wichtigsten ist: Wir wachsen wieder. Die SP legt nach zwanzig Jahren wieder an Mitgliedern zu – und zwar stetig.

Michael Sorg

Die SP hat sich als
einzige glaubwürdige
Oppositionskraft
gegen das rechte
Machtkartell etabliert.

STAND PUNKT

Michael Sorg ist Medien-
sprecher der SP Schweiz



Von Lügen und Bigler

Postfaktisch, Fake News und jetzt noch Alternative Facts? So viele neomodische Begriffe, um die gute alte Lüge neu zu verpacken. Wir bleiben beim Original, scheint sich hingegen Hans-Ulrich Bigler zu denken. Schliesslich heisst seine Kampforganisation immer noch Gewerbeverband und nicht «Swiss Trading Association». Ausserdem hat sich die Arbeitsteilung im bürgerlichen Lager bewährt: Economiesuisse gibt den spendablen Financier, der Gewerbeverband ist der Mann fürs Grobe. Im James-Bond-Universum wäre Heinz Karrer Goldfinger und Hans-Ulrich Bigler der Beisser. Zurück in die reale Welt. Dort hat der Gewerbeverband seine Rolle als Bösewicht im Abstimmungskampf zur USR III wieder mal gespielt. Doch wie ein Schauspieler, der übertreibt, so dass seine Figur unglaubwürdig wird, hat Bigler diesmal den Rank nicht mehr gefunden. Selbst die NZZ attestiert Bigler «eine gewisse Beliebigkeit im Umgang mit der Wahrheit» und stellt fest, dass «der Gewerbeverband die Messlatte punkto Faktentreue weiter gesenkt» hat. Die Rede ist von der Sonderausgabe der Gewerbezeitung, die in alle Haushalte verteilt wurde (Kostenpunkt: über 1 Million Franken), einem Machwerk auf Trump-Niveau. Da werden Zitate aus dem Zusammenhang gerissen, die SP-Spitze in «Lock'em up»-Manier hinter Gitter gesteckt, Fotos manipuliert und Gegnerinnen und Gegner der USR III dem Ja-Lager zugeordnet. Damit hat Bigler ein klassisches Eigentor geschossen: Denn die Glaubwürdigkeit des Gewerbeverbands ist dahin. Oder treibt Bigler etwa ein durchtriebenes Spiel? Provoziert er ein Nein, weil er weiss, dass die USR III seinen KMU-Mitgliedern rein gar nichts bringt? Weil er weiss, dass nur wenige profitable Grossunternehmen profitieren? Weil er weiss, dass drei Viertel der geschenkten Gewinne, die der Schweizer Mittelstand finanziert, als Dividenden ins Ausland abfliessen? Die Antwort ist wohl banaler: Dem Gewerbeverband fehlen schlicht die Argumente. Doch trotzdem sollte uns eine solche Verlüderung der politischen Sitten Sorgen machen. Natürlich geht es in der Politik nicht darum, wer Recht hat, sondern darum, wer die Deutungshoheit erringt. Der Homo politicus, der rational, informiert und objektiv entscheidet, ist genauso eine Fiktion wie der Homo oeconomicus. Politik soll ein Wettstreit der Argumente und Ideen sein, der auch mit harten Bandagen ausgetragen wird, wer wüsste das besser als wir? Doch wenn Argumente durch Lügen ersetzt werden, wird das Spiel – oder in dem Fall die Demokratie – beschädigt.



JA

Erleichterte Einbürgerung

JUGENDLICHE DER «DRITTEN GENERATION» SOLLEN DIE MÖGLICHKEIT BEKOMMEN, SICH IN EINEM ERLEICHTERTEN VERFAHREN EINBÜRGERN ZU LASSEN.

Menschen, deren Eltern und Grosseltern bereits in der Schweiz gelebt haben, gehören zu uns. Sie haben oft kaum mehr eine Verbindung zur Heimat, zur Kultur und zur Sprache ihrer Grosseltern. Sie sprechen unsere Sprache, wohnen, studieren, arbeiten und leben in der Schweiz. Nichts unterscheidet sie von Jugendlichen mit Schweizer Pass.

Ein wichtiges Signal

Mit einem Ja zur erleichterten Einbürgerung zeigen wir diesen Menschen, dass sie dazugehören. Jugendliche sollen sich hier zuhause fühlen und unser Vertrauen spüren. Dieses Vertrauen bringen wir ihnen mit einem Ja entgegen. Es geht bei dieser Abstimmung auch darum, ein positives Zeichen gegen Abschottung und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Demokratie stärken

Es ist nicht richtig, dass rund zwei Millionen Menschen ohne Schweizer Pass von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Den Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, dürfen wir nicht unnötig Steine in den Weg legen. Neu erfolgt die Einbürgerung viel rascher als bisher und die je nach Kanton unterschiedlichen Verfahren werden vereinheitlicht.

DARUM GEHT ES

Ausländerinnen und Ausländer, deren Familien seit drei Generationen in der Schweiz leben, sollen auf Antrag das Bürgerrecht einfacher erhalten. Sie müssen hier geboren sein und belegen können, dass mindestens ein Grosselternteil in der Schweiz geboren wurde oder ein Aufenthaltsrecht besass und mindestens ein Elternteil eine Niederlassungsbewilligung hat. Ein Gesuch kann bis zum Alter von 25 Jahren eingereicht werden.

ENDSPURT USR III!

Die Abstimmung zur USR III wird sehr knapp – jede Stimme zählt. Kopiere den Brief auf der rechten Seite, unterzeichne ihn, wenn du willst, und wirf ihn in den Briefkasten deiner Nachbarinnen und Nachbarn. Merci!



NEIN

Strassenfonds (NAF)

DER NATIONALSTRASSEN- UND AGGLOMERATIONSVERKEHRSFONDS (NAF) IST EIN EINSEITIGES UND TEURES STRASSENBAUPROGRAMM.

Das Anliegen, analog zum Bahnfonds FABI einen Strassenfonds zu schaffen, ist nachvollziehbar. Das Parlament hat die Vorlage des Bundesrats aber stark verschlechtert und masslos überladen.

Einseitige Finanzierung

Mit dem NAF soll jährlich eine zusätzliche Milliarde in die Strassenkasse fliessen. Davon stammen 650 Millionen direkt und nicht kompensiert aus der Bundeskasse. Ursprünglich wollte der Bundesrat nur knapp 270 Millionen aus der Bundeskasse nehmen. Das Parlament hat jedoch den anfänglichen Finanzierungsmix aus Bundesgeldern (ein Drittel) und einer Nutzerfinanzierung via Benzinpreiserhöhung (zwei Drittel) ins Gegenteil verkehrt. Bei der jetzigen Vorlage tragen die Autofahrenden nur noch ein Viertel der Kosten, während drei Viertel – rund 650 Millionen Franken – zulasten des Bundes gehen. Dieses Geld müsste bei der Entwicklungshilfe, bei der Bildung oder beim öffentlichen Verkehr kompensiert werden.

Beim Kompromiss um den Bahnfonds FABI hat das Parlament die Nutzerfinanzierung deutlich erhöht. Die ÖV-Reisenden steuern 300 Millionen pro Jahr bei. Beim NAF sollen die Autofahrenden, die etwa dreimal so zahlreich sind wie die ÖV-Nutzenden, mit der Benzinpreiserhöhung um 4 Rappen pro Liter nur 200 Millionen beisteuern. Das ist kein fairer Deal.

DARUM GEHT ES

Mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) soll die Finanzierung der Bundesbeiträge für Nationalstrassen und Agglomerationsprogramme langfristig geregelt und die Engpassbeseitigung etappenweise realisiert werden. Im Gegensatz zum heutigen befristeten Infrastrukturfonds gilt der NAF unbefristet und wird in der Verfassung verankert.

Im Februar 2017

Wollen Sie in Zukunft noch mehr Steuern bezahlen?

Liebe Nachbarin, lieber Nachbar

Am 12. Februar stimmen wir über die Unternehmenssteuerreform III ab. Mir ist es ein grosses Anliegen, dass alle wissen, wie wichtig diese Abstimmung ist. Die Vorlage ist extrem komplex. Erschreckend simpel sind aber die Konsequenzen:

Wird die USR III angenommen, fehlen in den Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden jedes Jahr mindestens 3 Milliarden!

Die Folgen: Höhere Steuern und mehr Gebühren für uns Bürgerinnen und Bürger sowie weniger Geld für die Bildung.

Logisch, dass die Befürworterinnen und Befürworter diese Fakten leugnen. Schon 2008, bei der USR II, wurden die Kosten kleingeredet. Statt Millionen waren es am Ende Milliarden! Sogar das Bundesgericht stellte fest: Das Volk wurde getäuscht. Jetzt sollen die Steuern für ein paar Konzerne und ihre Grossaktionärinnen und Grossaktionäre schon wieder gesenkt werden.

Helfen Sie jetzt mit, einen erneuten Milliarden-Bschiss an uns normalen Steuerzahlenden und am Mittelstand zu verhindern!

Wir können die Reform stoppen, aber es wird knapp. Stimmen Sie bis am 7. Februar brieflich ab oder gehen Sie am Wochenende vom 11./12. Februar an die Urne. Und erinnern Sie unbedingt Ihr Umfeld an die wichtige Abstimmung!

- › **NEIN zu höheren Steuern für den Mittelstand**
- › **NEIN zu einer Blackbox ohne Preisschild**
- › **NEIN zum erneuten Bschiss an der Bevölkerung**

NEIN

Mehr Informationen
› www.usr3-nein.ch

zum Unternehmenssteuer-Bschiss



Bald können wir abstimmen

NACH JAHRELANGEM ZAUDERN STEHT ENDLICH EIN RICHTIGER VATERSCHAFTSURLAUB ZUR DEBATTE. DASS DIE IDEE AUF DER STRASSE ANKOMMT, BEWEISEN BEI HALBZEIT DIE 70 000 GESAMMELTEN UNTERSCHRIFTEN. LÄUFT ALLES SO GUT WEITER, GENIESSEN DIE ERSTEN ELTERN BALD SCHON EINEN SCHÖNEREN START INS FAMILIENLEBEN.



Wie bekommen wir Familie und Beruf besser unter einen Hut? Dies ist eine der grossen politischen Fragen unserer Generation. Erst recht angesichts des Fachkräftemangels und des Ziels einer besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Der bessere Einbezug namentlich der Frauen in die Arbeitswelt gelingt aber nur, wenn sich die Väter stärker in der Kinderbetreuung engagieren. Ein Vaterschaftsurlaub, der diesen Namen auch verdient, wäre hierzu ein Meilenstein. Glückt nämlich der gemeinsame Start ins Familienleben, ist die Chance gross, dass der Vater auch im weiteren Erwerbs- und Familienleben eine aktive Rolle einnimmt. Davon profitieren nicht nur wir Frauen und Mütter, sondern auch die Väter und damit die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt.

Initiative trifft Nerv der Zeit

Über dreissig Anläufe für einen Vaterschaftsurlaub wurden in den vergangenen Jahren im Parlament bereits genommen. Allesamt sind sie gescheitert. Letztmals wurde im Nationalrat im Frühling 2016 eine Minimalvariante von zwei Wochen knapp abgelehnt. Gesetzlich vorgeschrieben bleibt somit ein freier Tag für die Geburt eines Kindes. Gleich viel wie zum Zügeln. Gemäss einer repräsentativen Umfrage von Travail.Suisse befürworten 80 Prozent der Bevölkerung vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Kein Wunder, dass nach acht Monaten bereits 70 000 Unterschriften gesammelt sind. Travail.Suisse als Kampagnenleiterin rechnet damit, die Initiative im Sommer einreichen zu können.

Vorbilder aus Wirtschaft, Verwaltung und NGO

Dass längere Vaterschaftsurlaube kein Unding sind, beweisen verschiedenste Beispiele: Als Firmen erwähnenswert sind etwa Swisscom, Migros, Helsana, Mobility oder Axa Winterthur. Aber auch nationale NGO wie WWF oder Greenpeace.



Nadine Masshardt,
Nationalrätin BE

Zudem wird auch die Liste der fortschrittlichen Städte, angefangen bei Genf, Lausanne oder Neuenburg, immer länger: Eben hat Bern einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub beschlossen. Und noch ein Beispiel aus dem ländlichen Gebiet: «Solina», ein führender Verein für Langzeitpflege im Berner Oberland, bietet Mitarbeitern ab dem dritten Jahr neu sogar sechs Wochen Vaterschaftsurlaub (ab dem ersten Arbeitstag gibts zwei und im zweiten Jahr vier Wochen).

Freiwilligkeit reicht nicht

All diesen Vorbildern zum Trotz braucht es die Initiative: Es geht eben nicht nur um ein paar Wochen Ferien, wie jüngst der Kommunikationsschef des Arbeitgeberverbandes sagte. Wer bereits Kinder hat, weiss, wie wichtig die Zeit des Wochenbetts und die Wochen und Monate danach sind. Dann bauen Eltern und Kind die Bindung zueinander auf und legen hoffentlich ein gutes Fundament, damit Papa und Mama ihre Aufgaben zu Hause und im Job möglichst ausgeglichen wieder aufnehmen können.

Zudem sind die vom Bundesrat errechneten 380 Millionen Franken für vier Wochen Vaterschaftsurlaub ökonomisch eine gerechtfertigte Investition. Der Betrag entspricht gerade mal 0,1 Prozent der Lohnsumme. Dazu kommt: In unserem Land sind bereits über die Hälfte der Leute mit Uniabschluss Frauen. Doch nach der Familiengründung bleiben 50 000 Akademikerinnen laut einer Studie der Boston Consulting Group zu Hause. Ein volkswirtschaftlicher «Schaden» von fast 6 Milliarden! Sprich: Jeder Franken, der in eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fliesst, rechnet sich um ein Vielfaches.

**JETZT UNTERSCHREIBEN
KARTE IN DER HEFTMITTE**



**Vaterschaftsurlaub jetzt!
Le congé paternité maintenant!
Il congedo paternità, subito!**

Übergabe einer Petition gegen die Schliessung der Poststelle Sulgenbach in Bern.

LINKS REGIOBERN



Bedarf statt Profit – für einen starken Service public

Die Mehrheit der BKW verkaufen, die Bedag privatisieren, die Swisscom auf den Markt bringen. In jüngster Zeit mehren sich wieder die Stimmen, die das öffentliche Tafelsilber verkaufen und damit den Service public schwächen wollen.

Das Mantra ist seit 30 Jahren das gleiche. Private sollen Profite machen auch im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. In den 1990er-Jahren gab es einen ersten Schub mit Teilprivatisierungen und Auslagerungen (die Werke bleiben im öffentlichen Besitz, werden aber der politischen Einflussnahme weitgehend entzogen). Das neue Jahrtausend bremsste die Entwicklung – das Elektrizitätsmarktgesetz zur Deregulierung des Strommarktes fiel in einer Volksabstimmung durch.

Und jetzt – nach der globalen Finanzkrise – wachsen die Begehrlichkeiten der privaten Investoren wieder. Sie schicken die bürgerlichen PolitikerInnen vor, die allerhand mehr oder weniger faule Vorwände finden, um den privaten Profitinteressen in die Hände zu spielen.

Es ist dringend notwendig, dass wir diese Angriffe abwehren, denn sie sind nicht nur ein Angriff auf das Volksvermögen, sondern auch ein Angriff auf den Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich. Verteidigen wir den Service public mit folgenden Argumenten:

1. Service public besteht aus Dienstleistungen, die im Interesse einer grossen Mehrheit der Menschen erbracht werden. Viele könnten

sich weder gute Bildung noch gute Gesundheitsdienste leisten, wenn sie persönlich und privat dafür aufkommen müssten. Auf Service public können nur die Reichen verzichten.

2. Produkte und Dienstleistungen des Service public sind demokratisch legitimiert. Öffentliche Unternehmen erhalten ihren Auftrag durch vom Volk gewählte Behörden. Sie sind diesen auch rechenschaftspflichtig.

3. Service public ist auf den Bedarf ausgerichtet. Auch dort, wo der Markt kein Interesse hat, sollen sie verfügbar sein. Ein Postauto im Gadmental oder eine Schule im Eriz ist nun einmal kein Geschäft.

4. Service public darf Gewinne machen. Es ist eine ideologische Behauptung, dass Service public immer ineffizient und schlampig sei; ein Vorwand, um selber die Hand drauflegen zu können. Wir müssen aber aufpassen, dass grosse Betriebe wie die Post nicht einfach privatwirtschaftliche Standards und Lösungen übernehmen und sich mit Gewinnoptimierungsprogrammen und Massentlassungen als Service public unglaubwürdig machen.



Johannes Wartenweiler,
Sekretär Gewerkschaftsbund
Stadt Bern und Umgebung,
Stadtrat

Die Schliessung von Poststellen ist ein Beispiel für diese Fehlentwicklung.

5. Service public bedeutet faire Löhne und Arbeitsbedingungen, bedeutet auch ausgebaute und gesicherte Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte. Unternehmen des Service public geben in diesen Fragen den Takt an – das ist gut so.

6. Service public steht für zukunftsorientierte Entwicklungen. Innovationen entstehen in vielen Bereichen. Ich denke zum Beispiel an die Unis und die ETH. Sie leisten einen Teil an eine ökosoziale Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft.

Wir werden in den kommenden Jahren mit massiven Angriffen auf den Service public konfrontiert sein. Die Vorschläge der Avenir Suisse lassen keine anderen Schlüsse zu. Wollen wir ihn wirksam verteidigen, reicht es nicht aus, mit Referenden die Entwicklung zu behindern und zu verzögern. Wir müssen die stimmende und wählende Mehrheit überzeugen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen nicht maximale Gewinne abwerfen, sondern einen Bedarf decken müssen.

In Hochdorf läuft eine Bodeninitiative



Boden ist ein wertvolles Gut! Eines, dessen Wert weder von Börsen- noch von Devisenkursen abhängig ist. Ein Gut, dessen Wert infolge zunehmender Knappheit laufend steigt und das deshalb nicht der Spekulation überlassen werden darf. Erst recht nicht, wenn es sich dabei um gemeindeeigenes Land handelt.

Die Gemeinde Hochdorf verfügt mittlerweile nur noch über wenige unbebaute Landreserven. Die Naturschutzzonen nicht mit eingerechnet, sind es knapp 90 000 m², was ca. 12 Fussballfeldern entspricht.

Die SP Hochdorf und der «Verein Aktives Hochdorf» (VAH) lancieren deshalb gemeinsam die «Hochdorfer Bodeninitiative», mit dem Ziel, dass gemeindeeigenes Land nicht mehr verkauft werden darf.

Mit der Initiative soll verhindert werden, dass die Gemeinde aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen Land verkauft. Die Gemeinde muss zu ihren wenigen Landreserven Sorge tragen, um auch in Zukunft ihre sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Aufgaben souverän wahrnehmen zu können.

Eine wirtschaftliche Entwicklung ist trotz der Initiative möglich. Erlaubt ist einerseits der gleichwertige



Hans Bächler, Präsident SP Hochdorf ad interim, Mitglied Initiativkomitee

Landabtausch, andererseits die Abgabe von Grundstücken im Baurecht. Baurechtsverträge sichern der Gemeinde langfristig höhere Einnahmen als einmalige Landverkäufe. Ausserdem wird durch die Landabgabe im Baurecht Bodenspekulation wirksam verhindert.

Am Freitag, 27. Januar, hat das Komitee zusammen mit Unterzeichnern 725 Unterschriften (nötig wären 500) der Gemeindepräsidentin Lea Bischof (CVP) feierlich überreicht.

Der Ball liegt nun vorerst beim Gemeinderat ... Fortsetzung folgt.

Ergänzende Informationen

■ Als Erstunterzeichnende bekennen sich u.a. folgende Persönlichkeiten öffentlich zur Initiative: Erika Bachmann, Hans Bächler, Rita Erni, Eveline Felder, Beat Meister, Moni Rast, Franz Rieder, Reinhard Rolla, Barbara Schurtenberger, Bruno Stutz, Wolfgang Zürcher.

■ Die Sammelfrist begann am 1. Dezember 2016.

■ Zur Zeit ist der Gemeinderat mit interessierten Investoren in Verhandlungen betreffend Verkauf von Industrieparzellen (sog. Turbiland zwischen Hochdorf und Dorfteil Baldegg).

■ Dass die Hochdorfer Bevölkerung bei Landverkäufen sensibel reagiert, zeigte sich im März 2015 beim geplanten Kindergarten östlich des Schulhauses Peter Halter: Die Gemeinde wollte das Grundstück verkaufen und hätte anschliessend den Doppelkindergarten im Stockwerkeigentum zurückgekauft. Wegen des Landverkaufs wurde das Projekt von einer Mehrheit der Stimmenden abgelehnt.

■ Der Initiativtext ist analog zum Vorstoss in Emmen 2016 als allgemeine Anregung formuliert: «Liegenschaften, die im Eigentum der Gemeinde Hochdorf sind, sollen grundsätzlich nicht verkauft werden. Sie können Dritten jedoch im Baurecht zur Nutzung überlassen werden. Zulässig sein soll nur noch der Verkauf oder Tausch von Liegenschaften, wenn ein gleichwertiger Ersatz erworben wird, welcher in Bezug auf Fläche und Nutzung mit der zu veräussernden Liegenschaft vergleichbar ist.»

Für Rückfragen:
Hans Bächler,
hansbaechler@bluewin.ch
079 378 53 24

Ja zum «Reglement über die Grundstücke im Eigentum der Gemeinde Emmen»



Melanie Setz, Mitglied Geschäftsleitung SP Emmen

Vor einem Jahr haben sich die Emmerinnen und Emmer durch Annahme der von den Grünen und der SP initiierten «Bodeninitiative» als erste Stadt der Zentralschweiz dafür ausgesprochen, gemeindeeigene Grundstücke nur im Baurecht abzutreten. An der Einwohnerratssitzung im Dezember wurde das nach einem Vernehmlassungsverfahren zustande gekommene «Reglement

über die Grundstücke im Eigentum der Gemeinde» durch die bürgerliche Mehrheit abgelehnt, weshalb es nun dem obligatorischen Referendum unterliegt und am 12. Februar 2017 zur Abstimmung gelangt.

Das neue Reglement enthält neben löblichen Grundsätzen zur Bodenpolitik und den Bestimmungen zum Baurecht leider auch Ausnahmeregelungen (z. B. Ersatzbeschaf-

fungen), bei denen vom Baurecht-Grundsatz abgewichen werden kann. Um finanzpolitischen Druck zu vermeiden, hätte es die SP begrüsst, wenn gar keine Veräusserungen mehr möglich wären. Nichtsdestotrotz steht die SP Emmen hinter dem neuen Reglement und setzt sich ein für ein JA zu einem sorgfältigen Umgang mit unserem Boden. Boden behalten – Emmen gestalten.

Pro und Kontra Autobahn-zubringer Oberaargau

DAS REFERENDUM GEGEN DEN PLANUNGSKREDIT IST ZU STANDE GEKOMMEN, AM 21. MAI WIRD DARÜBER ABGESTIMMT. AM PARTEITAG VOM 29. MÄRZ ENTSCHIEDET DIE SP KANTON BERN ÜBER DIE PAROLE. HIER DIE ARGUMENTE DAFÜR UND DAGEGEN.

Die Umfahrung hilft Industrie-Arbeitsplätze zu erhalten



Adrian Wüthrich,
Grossrat, Huttwil

Seit Jahren zwingt sich immer mehr Verkehr durch Aarwangen. Dabei ist die Topografie, die Steigung, für die über 16 000 Fahrzeuge pro Tag das Problem. Der Kanton Bern hat deshalb Verbesserungen geprüft. Im Vorprojekt standen zwei Varianten zur Auswahl: Die Optimierung der bestehenden Strasse (Null plus) oder eine Umfahrung. Der (rot-grüne) Regierungsrat beantragte einen Projektierungskredit in der Höhe von 6,6 Mio. Franken für die Umfahrungslösung. Mit Anträgen haben wir im Grossen Rat versucht, das Projekt

zu verbessern. Damit die Natur noch besser geschützt werden kann, wird im Rahmen der Projektierung nun eine Verlängerung des geplanten Tunnels geprüft. Der Rat hat zudem beschlossen, Massnahmen gegen den projektbedingten Mehrverkehr aufzunehmen. Der Verkehr soll auf den Hauptachsen bleiben, Abkürzungen über Nebenstrassen sollen erschwert werden. Mit diversen Verbesserungen wird der Verkehr durch Langenthal verflüssigt und der öV mit Busvorzügen gefördert. Der Grosse Rat hat in der Septembersession 2016 den Kredit schliesslich mit deutlichem Mehr beschlossen. Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat mit 18 Ja und 11 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Aus drei Gründen habe ich die Strasse unterstützt. Erstens Sorge ich mich um die Arbeitsplätze. Im Oberaargau ist die Industrie stark: Sind es kantonal 25 Prozent, so beträgt der Anteil der Industriearbeitsplätze hier 39 Prozent. Die neue Strasse ist ein kleines Puzzle-Teil für den Erhalt dieser Arbeitsplätze. Zweitens ist der Lastwagenanteil von 2007 bis 2016 von 12 auf 16 Prozent gestiegen, was die Lebensqualität weiter beeinträchtigt. Mit Null plus würden die Lastwagen weiterhin durchs enge Dorf fahren. Drittens hat der Bund beschlossen, die Autobahn A1 auf sechs Spuren auszubauen. Die A1 führt durch den Oberaargau und wird mehr Verkehr bringen.

Auch die Region Oberaargau soll sich wie alle anderen Regionen weiterentwickeln können. Die SP Kanton soll deshalb bei der Abstimmung vom 21. Mai den Kredit unterstützen.

Strassenneubau in Aarwangen: nicht schon wieder!



Res Hofmann,
Alt-Grossrat, Bern

Wir haben es im Kanton Bern mit der Neuauflage einer Strassenbaueuphorie zu tun, die an die 60er-Jahre erinnert. Das neue Strassenbaufieber begann 2007 mit dem Bypass Thun Nord, als der Grosse Rat (GR) den Projektierungskredit (mit Debatte) bewilligte. Die Realisierungskosten wurden damals auf CHF 75 Mio. geschätzt. Der Baukredit (145 Mio.!) wurde 2012 vom GR ohne Wortmeldung bewilligt.

In der kommenden Volksabstimmung geht es um ein vergleichbares Projekt. Es steht zwar (nur) ein Projektierungskredit von 6,6 Mio. zur Debatte, trotzdem ist es wichtig, dass das Referendum ergriffen wurde. Die Baukosten würden sich aus heutiger Sicht auf ca. 136 Mio. belaufen. Luft nach oben (vgl. Bypass) ist vorhanden.

Das Projekt sieht einen neuen Autobahnzubringer auf einer Länge von 3,6 km durch eine unberührte Landschaft (Smaragdgebiet) mit besonderem Reiz vor. Die neue Strasse würde Aarwangen nur von weniger als der Hälfte des heutigen Verkehrs entlasten. Es wäre deshalb viel klüger, mit etwa 40 % der Baukosten eine ausgebaute Variante Null+ zu realisieren. Der Verkehr würde dadurch, ähnlich wie in Wabern, beruhigt. Durch Wabern fahren heute wesentlich mehr Autos als durch Aarwangen, ohne dass man in Wabern deshalb nach einer Umfahrung rufen würde. Ein nur für die Kommissionmitglieder zugänglicher Bericht zeigte, dass bei zwei der drei Bewertungsmethoden die Variante Null+ besser abschnitt. Trotzdem befand die Regierung, «Fachleute» bevorzugten die Umfahrungsvariante. Die dritte Bewertungsmethode sei volkswirtschaftlich relevanter als die beiden anderen.

Wenn der Kanton hier nicht die Notbremse zieht, geht die erwähnte Euphorie verstärkt weiter: Im Emmental sind Strassenbauten mit Kosten von ca. 420 Mio. vorgesehen. Diese Gelder waren ursprünglich für das Tram Region Bern bestimmt. Das passiert in einem Kanton, der offenbar so arm ist, dass er mit der Senkung der Sozialhilfe unruhliche Massstäbe setzt, mit Wirkung auf die ganze Schweiz.

KANTONSRAT

Zu wenige und zu teure Kinderbetreuungsplätze



Anna Rüefli,
Kantonrätin aus Solothurn
anna.rueefli@gmx.ch

Trotz der Zunahme von Betreuungsplätzen in den vergangenen Jahren gibt es im Kanton Solothurn immer noch zu wenig vergünstigte Angebote, die auch von einkommensschwächeren Familien genutzt werden können. Zudem fehlen Plätze für Kinder bis 18 Monate, was den beruflichen Wiedereinstieg nach dem Mutterschaftsurlaub erschwert. Dies sind zwei Erkenntnisse der Situationsanalyse zu den Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Solothurn, die der Regierungsrat unter Einbezug der Einwohnergemeinden im Auftrag des Kantonsrats hat erstellen lassen.

Für die SP-Fraktion ist klar: Kanton und Gemeinden müssen die in der Situationsanalyse formulierten Empfehlungen möglichst rasch umsetzen. Dies umso mehr, als es sich für die Gemeinden finanziell lohnen kann, Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung (stärker) zu fördern: Je nach Gemeinde ist laut Situationsanalyse mit steuerlichen Mehreinnahmen von 5000 bis 5500 Franken pro Jahr und Platz zu rechnen, weil Eltern dank erschwinglichen Betreuungsangeboten ihr Arbeitspensum beibehalten, erhöhen oder weniger stark reduzieren. Das heisst, dass Gemeinden einen Betreuungsplatz pro Jahr mit bis zu 5000 Franken subventionieren können, ohne weniger Geld für andere Staatsaufgaben zur Verfügung zu haben. Dank bezahlbaren Betreuungsplätzen wird auch die Integration von fremdsprachigen Kindern erleichtert und der wirtschaftliche Fachkräftemangel reduziert. Die Allgemeinheit profitiert somit mehrfach. Die SP setzt sich deshalb für eine rasche Umsetzung der Empfehlungen aus der Situationsanalyse ein.

Die Bevölkerung der Schweiz hat es geschafft, in mühevoller Kleinarbeit einen Staat aufzubauen, der in seiner Ausgewogenheit und seiner politischen Austariertheit heute noch einzigartig ist. Ein Staat, der nicht nur im Innern gut organisiert ist, sondern immer international ausgerichtet war und sich dabei einen guten Ruf und Vertrauen erarbeitet hat: kooperativ, verlässlich und fest eingebunden in ein europäisches Wertesystem und weltweite internationale Vereinbarungen. Diese Voraussetzungen brauchte es in unserem rohstoffarmen Land auch, damit wir erfolgreich Produkte entwickeln, Handel betreiben und Frieden stiften konnten. Sie waren die Basis unseres Wohlstands der letzten anderthalb Jahrhunderte.

Mir scheint aber, dass wir uns nicht bewusst sind, wie labil diese Errungenschaften sind. Am Staat und am politischen System wird mit allerlei Initiativen gerüttelt, die Werte, an die wir bisher geglaubt haben, werden kurzerhand in Frage gestellt. Und die anderen Länder holen auf. Unsere Alleinstellungsmerkmale gingen und gehen weiter verloren. Das macht Angst und verunsichert uns. Die Schuld dafür tragen aber weder die «Ausländer» noch sogenannte fremde Richter. Vielmehr fehlt uns das Selbstvertrauen, das Vertrauen in unsere eigenen Fähigkeiten und Stärken. Aus Stärke, aus Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und aus gefestigten Überzeugungen heraus entstehen in der Regel Toleranz

Das können wir uns nicht leisten!

Die USR III in der Form wie sie jetzt vorliegt, können wir als Gemeindepräsidentinnen, Gemeindepräsidenten, Vizegemeindepräsidentin, Vizegemeindepräsidenten, Parteien und Verbände nicht unterstützen!

Affolter Beat, Biberist; Baumgartner Jeanette, Bolken; Berger Hans-Peter, Langendorf; Brunner Martin, Oensingen; Fluri Veronika, Rüttenen; Ingold Hansruedi, Subingen; Jordi Peter, Gerlafingen; Kälin Neuner-Jehle Karin, Rodersdorf; Kölliker Ueli, Oberdorf; Meier Roger, Kienberg; Tanner Karl; Trimbach; Thommen Daniel; Starrkirch-Wil; Wirth Urs, Grenchen; Wyss André, Rohr



NEIN

zum Unternehmenssteuer-Bschiss

MEIN STANDPUNKT

Markus Ammann, Kantonsrat
und Fraktionspräsident
ammann.markus@bluemail.ch



und Grosszügigkeit. Aus Kleinmut, Engstirnigkeit und Unsicherheit heraus entstehen Angst, Ressentiments und Arroganz.

Lassen wir uns nicht weiter leiten von Angstmachern und Verunsicherern. Lassen wir uns nicht einreden, alles Böse und Bedrohliche komme von aussen. Seien wir stolz auf das Erreichte und verteidigen wir weiter unsere Freiheiten, unsere internationale Ausrichtung und unsere europäischen Werte. Und dazu gehören heute die bilateralen Verträge mitsamt der Personenfreizügigkeit ebenso wie die Menschenrechtskonvention.

Arbeiterbewegung von rechts? Verteilungskonflikte und neue Rechte

DER NEUE RECHTSPOPULISMUS BESETZT ZUNEHMEND DIE SOZIALE FRAGE UND DEUTET SIE IN EINEN VERTEILUNGSKAMPF UM ZWISCHEN INNEN UND AUSSEN, ZWISCHEN ZIVILISIERTEN UND VERMEINTLICH MINDERWERTIGEN KULTUREN. DAS WIRKUNGSVOLLSTE MITTEL DAGEGEN IST EINE POLITIK DER DEMOKRATISCHEN UMVERTEILUNG.

Das Jahr 2017 beginnt mit einem Ereignis, das für eine Zeitenwende stehen könnte. Mit Donald Trump hat ein bekennender Rassist und Rechtspopulist das Amt des Präsidenten der USA übernommen. Durch seinen Wahlsieg sehen sich auch in Europa all jene Kräfte bestärkt, die einen abgrenzenden, völkischen Nationalismus zu ihrem politischen Kernanliegen machen. In nahezu allen europäischen Ländern sind rechtspopulistische, teilweise auch profaschistische politische Formationen auf dem Vormarsch. Auf der britischen Insel hat eine Kampagne, die federführend von der rechtspopulistischen Ukip betrieben wurde, ein Votum für den Brexit herbeigeführt. In Frankreich plant der Front National eine Volksabstimmung zum Austritt aus der EU. Rechtspopulisten stellen in Ungarn und Polen bereits die führende Regierungspartei. Bei der Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten kam der unterlegene Rechtspopulist Norbert Hofer in beiden Wahlgängen auf über 45 Prozent der Wählerstimmen. In den nordischen Ländern (Finnland, Schweden, Norwegen) treiben rechtspopulistische Formationen die etablierten Parteien vor sich her. Und auch Deutschland stellt keine Ausnahme dar. Dort schreitet die rechtspopulistische Alternative für Deutschland von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Zuletzt ist sie in der Hauptstadt Berlin mit einem zweistelligen Ergebnis in das Parlament eingezogen. Der Sprung der Partei in den Bundestag scheint nicht mehr aufzuhalten. Während die Parteivorsitzende Frauke Petry öffentlich dafür plädiert, den Begriff des Völkischen zu rehabilitieren, schlagen gewalttätige Vigilanten in Bautzen auf Geflüchtete ein, die ihrerseits nicht bereit sind, die Opferrolle zu akzeptieren. Die Polizei reagiert mit Ausgangssperre und

Alkoholverbot – für die Geflüchteten, versteht sich. Mit Blick auf diese Konstellation hat der Philosoph Jürgen Habermas von einem «Saatsboden für einen neuen Faschismus» gesprochen. Damit hat er Recht. Um die Ursachen hervorzuheben und zu betonen, dass es sich um einen neuen Rechtspopulismus, aber – noch nicht – um Faschismus handelt, spreche ich stattdessen von einer national-sozialen Gefahr.

Das fehlende moralische Regulativ

Mit national-sozialer Gefahr ist gemeint, dass die soziale Frage nationalisiert, ethnisiert und auf diese Weise von rechts besetzt wird. Der neue Rechtspopulismus verkörpert eine Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes, die neben kleinen Selbstständigen vor allem von Lohnabhängigen getragen



Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

wird und bei männlichen Arbeitern und Arbeitslosen auf überdurchschnittliche Zustimmung stößt. Dieses Phänomen ist seit langem bekannt. Formationen wie der Front National oder die FPÖ haben seit den 1990er-Jahren immer wieder spektakuläre Wahlergebnisse bei Arbeitern und in Milieus erzielt, in denen linke Parteien und Gewerkschaften über Jahrzehnte hegemonial waren. Auch Trump verdankt seinen Wahlsieg vor allem den Stimmen weisser Arbeiter aus dem Rustbelt. Arbeitermilieus zeichneten sich, wie Didier Eribon am französischen Beispiel dargestellt hat, seit jeher durch eine lose Kombination aus locker-hedonistischen Lebensformen vor allem für Männer und einer offiziellen, rigide-konservativen Moral aus, in der die Abwertung von anderen, Fremden, Unproduktiven stets angelegt war. Sexismus und Rassismus hat es in diesen Milieus immer gegeben, aber die spontane Tendenz zu exklusiver, ausschliessender Solidarität wurde durch organisierte Arbeiterbewegungen domestiziert. Wer dazugehören wollte, musste sich zumindest offiziell den moralischen Codes von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften fügen. In den kommunistischen Milieus war die Partei eine Lebensgemeinschaft. Wer ausgeschlossen wurde oder austrat, war isoliert. In den sozialdemokratischen Arbeitermilieus mag dieser Druck nicht ganz so ausgeprägt gewesen sein. Doch auch hier setzte man, etwa in Österreich oder im Ruhrgebiet, dem industriellen Herzen Westdeutschlands, die Karriere im Staatsbetrieb oder in der Verwaltung aufs Spiel, wenn man das richtige Parteibuch nicht



In manchen Arbeitermilieus setzte man die Karriere aufs Spiel, wenn man das richtige Parteibuch nicht besass. Das disziplinierte – auch moralisch. Mit dem Niedergang sozialdemokratischer, sozialistischer und (euro-)kommunistischer Parteien ist dieses moralische Regulativ verschwunden.

besass. All das disziplinierte – auch moralisch. Mit dem Niedergang sozialdemokratischer, sozialistischer und (euro)kommunistischer Parteien ist dieses moralische Regulativ, das bis weit hinein in die untersten Klassensegmente und die nicht organisierte Arbeiterschaft ausstrahlte, verschwunden. Der Zerfall positiv besetzter Klassenidentitäten und der mit ihnen verbundenen moralischen Bindungen hat den Weg für einen rechten Populismus freigemacht, der das entstandene Vakuum auszufüllen in der Lage ist. Die hohe Zustimmung von Arbeitern und Arbeitslosen erfolgt, obwohl die Programmatik rechtspopulistischer Formationen, wie etwa im Falle der deutschen AfD, teilweise marktradikale Elemente enthält. Wichtiges Motiv für die Wahl ist neben der Migrations- und Flüchtlingsthematik zumeist die Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Demobilisierte Klassengesellschaften

Das Terrain, auf dem die neue Rechte agiert, ist in den entwickelten Kapitalismen das von demobilisierten Klassengesellschaften. Klassenspezifische Ungleichheiten und Schließungen nehmen in dramatischer Weise zu, aber Klassenbewegungen und organisierte Klassenpolitik von unten sind so schwach wie nie. Klassenverhältnisse wirken aber auch dann, wenn es progressiven Bewegungen und politischen Organisationen nicht gelingt, Erfahrungen

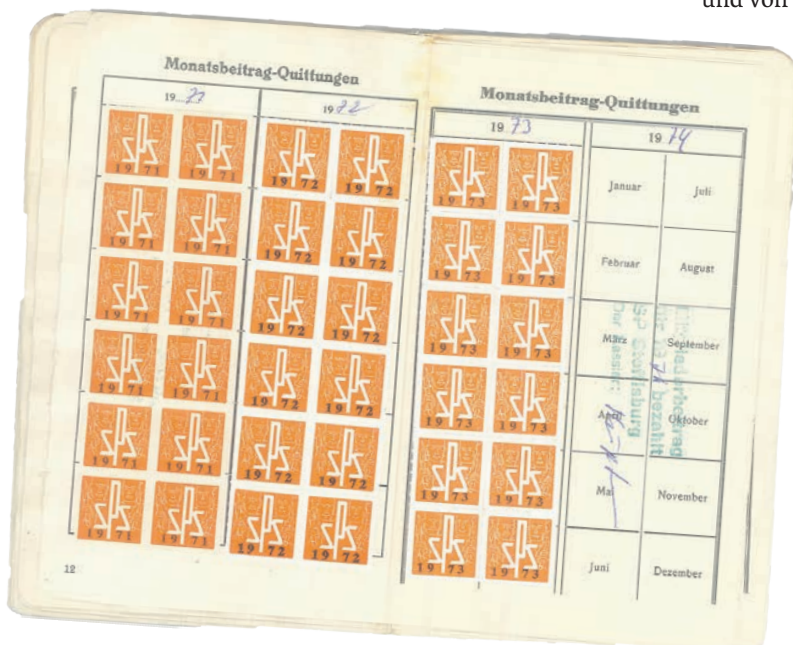
Den Sorgen der einfachen Leute kann mit linker Politik begegnet werden.

so zu bündeln, dass sie in kollektives Engagement zur Verbesserung der gemeinsamen Lebenssituation münden. Denn das Verschwinden von Klassenkategorien aus dem öffentlichen Diskurs ändert nichts daran, dass sich all jene im Stich gelassen fühlen, deren Leben mit diesen Kategorien sinnvoll zu beschreiben ist. Sofern aber politische Orientierungen fehlen, die mobilisierte Klassen hervorbringen könnten, wirken Klassenverhältnisse im Modus der Konkurrenz, infolge einer permanenten Scheidung der Gewinner von den Verlierern sowie mittels kollektiver Auf- und Abwertungen. Dabei spielt der Staat, der in modernen Kapitalismen direkt oder indirekt 40 bis 60 % des BIP verteilt, eine zentrale Rolle. Durch Zuweisung oder Beschneidung von Sozialeigentum – einem kollektiven Eigentum zur Existenzsicherung, das Lohnabhängige zu Sozialbürgern macht – nehmen Staatsaktivitäten erheblichen Einfluss auf die Klassenstrukturierung der Gesellschaft. Politische Grenzziehungen, die mit der Zuteilung von Sozialeigentum verbunden sind, bewirken Klassenbildung qua kollektiver Abwertung und Stigmatisierung sozialer Grossgruppen. Hinzu kommen kollektive Abwertungen und negative Klassifikationen, mit deren Hilfe sich die Mitglieder unterer Klassen in der Konkurrenz zu behaupten suchen.

Je auswegloser es erscheint, als ungerecht empfundene Verteilungsverhältnisse mittels demokratischer Umverteilung von oben nach unten und von den Starken zu den Schwachen zu korrigieren, desto eher tendieren Lohnabhängige spontan zu exklusiver, ausschliessender Solidarität. Das macht sie für rechtspopulistische Anrufungen empfänglich. Gerade Festangestellte, die sich in der Standortkonkurrenz in ihren Betrieben permanent auf die Probe gestellt sehen, neigen spontan zu Unduldsamkeit gegen Schwächere, vermeintlich weniger leistungsbereite Gruppen. Sie praktizieren eine exklusive Solidarität, die auf eine kollektive Ab-

wertung sozialer Gruppen durch andere hinausläuft. Statusgenerierend ist die Leistungsgemeinschaft der produktiv Beschäftigten. Wer nicht dazugehört – seien es Langzeitarbeitslose, Flüchtlinge oder Schulden machende Griechen –, hat im Zweifelsfall keinen oder doch nur einen verminderten Anspruch auf Solidarität. Der Zorn richtet sich gegen all jene, die – vermeintlich – die Bewährungsproben meiden und sich so dem Gebot der Leistungsgerechtigkeit entziehen.

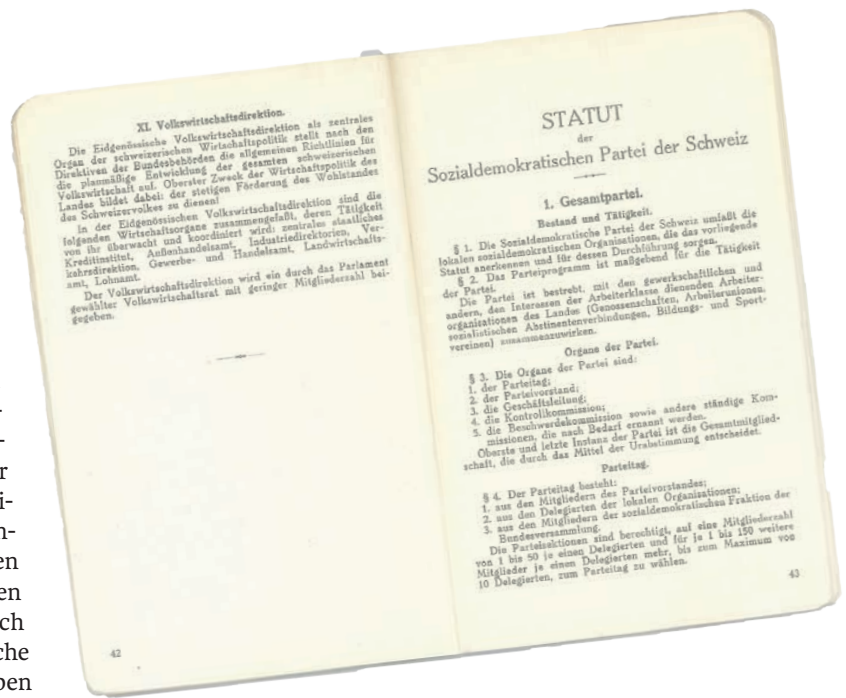
Eine grosse Herausforderung für die Gewerkschaften besteht darin, dass sich rechte Orientierungen mit Affinität zum Rechtspopulismus häufig bei aktiven Mitgliedern finden. Befragte Gewerkschaftssekretäre haben uns immer wieder darauf hingewiesen, dass die Wahl zum Jugendvertreter oder zum Betriebsrat und «Likes» bei rechtsextremen oder rechtspopulistischen Parteien durchaus keinen Widerspruch darstellen. Eine fragile gewerkschaftliche Grundüberzeugung reicht offenbar nicht aus, um das subjektive politische Weltbild von Arbeitern und Angestellten zu strukturieren. Man mag das bedauern. Ich plädiere für eine andere Sicht. Offenbar gehören die Gewerkschaften zu den wenigen demokratisch-zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die frustrierten Lohnabhängigenmilieus überhaupt noch erreichen. In der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Orientierungen haben progressive Organisationen und vor allem die Gewerkschaften einen schwierigen Spagat zu leisten. Einerseits tendieren ihre Funktionäre zu einer Politik der «klaren Kante» gegenüber Formationen, die sie als zutiefst antidemokratisch wahrnehmen. Sie schrecken teilweise nicht davor zurück, Mitglieder aus der Organisation auszuschliessen. Andererseits wollen sie sich dem Dialog mit Arbeitern und Angestellten nicht verweigern, deren Protesthaltung sie nachvollziehen können. In solchen Auseinandersetzungen dürfen Gewerkschaften, dürfen linke Parteien nicht als Establishment-Organisation wahrgenommen werden. Entsprechende Gratwanderungen sind deshalb alles andere als einfach. Wichtig ist aber, dass die Auseinandersetzung überhaupt geführt wird.



Klassenpolitik von unten

Ohne positive Klassenidentität, die zu kollektiver Widerständigkeit befähigt und Selbstachtung ermöglicht, werden die subalternen Klassen in einen Rechtsblock integriert, der den Diskurs um die soziale in einen Diskurs über die innere und öffentliche Sicherheit verwandelt. Diese Entwicklung ist brandgefährlich. Deshalb muss die politische Linke im öffentlichen Diskurs deutlich machen, dass die Verantwortung für die national-soziale Gefahr bei den Eliten des zeitgenössischen Postwachstums-Kapitalismus liegt, die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse mit autoritären Mitteln zu stabilisieren suchen. Der relative Wohlstand in den kapitalistischen Zentrumstaaten wird häufig mittels dramatischer Ungleichheit, Prekarisierung und Unterklassenbildung erkaufte. Die Antwort der Herrschenden auf eskalierende Verteilungskonflikte und wachsen-

de Unsicherheit ist ein autoritärer Staat, der die innere und öffentliche anstelle der sozialen Sicherheit in den Fokus politischen Handelns rückt. Dafür, dass es so weit kommen konnte, trägt die politische Linke Mitverantwortung. Die Idee einer strukturierenden Polarität zwischen Herrschenden und Beherrschten ist aus ihren Diskursen verschwunden. Zugleich erodierte jenes moralische Regulativ, das dem Leben in subalternen sozialer Position Würde und Sinn verlieh. Dies ist der Grund, weshalb sich grosse Teile der Unterprivilegierten rechtspopulistischen Formationen zuwenden. Das wirkungsvollste Gegenmittel gegen die Neue Rechte und deren gewalttätige Radikalisierung



ist daher eine Klassenpolitik von unten, die an der Wurzel des Übels ansetzt und demokratische Umverteilung nicht nur materieller Ressourcen, sondern auch von kollektiver Entscheidungsmacht auf die politische Agenda setzt. Den Sorgen der einfachen Leute, die um die Bedrohung der eigenen Lebensweise kreisen, kann mit linker Politik begegnet werden. Bernie Sanders, demokratischer Sozialist und Herausforderer von Hillary Clinton, ist der lebendige Beweis. Jeden seiner Wahlkampfauftritte leitete er mit dem Bekenntnis «I am a democratic socialist!» ein. In den USA hätte er auch sagen können: «Ich komme geradewegs aus der Hölle». Das Ergebnis der Provokation war: Junge Leute googelten, was unter demokratischem Sozialismus zu verstehen sei. Und sie fanden heraus: beispielsweise freier Zugang zu Bildung! Das fanden sie gut, und deshalb setzten sie sich für einen demokratischen Sozialisten ein. Ein Exempel, das auch für die europäische Linke überaus lehrreich ist.

ANZEIGE

**BEWUNDERT FÜR SEINE GRANDIOSE POESIE
AUF DER FLUCHT WEGEN SEINER IDEEN**

FESTIVAL INTERNATIONAL DU FILM TORONTO
CANNES 2016
NOMINATION GOLDEN GLOBE BESTER FRENDSPRACHER FILM

Gael García Bernal Luis Gnecco Mercedes Morán

NERUDA

Der neue Film von PABLO LARRAÍN («JACKIE»)

AB 23. FEBRUAR IM KINO

VERANSTALTUNG

Aufstieg der neuen Rechten – wie muss die Linke reagieren?

Eine öffentliche Veranstaltung der SP-Bundeshausfraktion mit **Prof. Klaus Dörre**, Politikwissenschaftlerin **Line Rennwald** und den Nationalrätinnen **Min Li Marti** und **Mattea Meyer**.
Leitung: **Roger Nordmann**, Fraktionspräsident SP.

Freitag, 17. Februar 2017, 19–21 Uhr, anschliessend Apéro.
Eintritt frei

Campus Muristalden (Aula), Muristrasse 8, Bern (Bus Nr. 12 vom Bahnhof in Richtung Zentrum Paul Klee bis Station Liebegg in 8 Minuten)



Sagen wir es doch

SPÄTESTENS SEIT DER BANKENKRISE 2008 BRAUCHT ES FÜR NIEMANDEN MEHR BEWEISE. EIN WIRTSCHAFTSSYSTEM, IN DEM DIE INTERESSEN UND DIE GIER VON EIN PAAR WENIGEN ÜBER ALLES ANDERE GESTELLT WERDEN, IST UNTAUGLICH. DOCH WAS HAT SICH SEITHER VERÄNDERT? NICHTS. DAS GELD DIKTIERT NOCH IMMER, DIE ARROGANZ DER REICHSTEN IST UNGEBROCHEN UND DIE WIRTSCHAFTSELITEN ZELEBRIEREN UNVERÄNDERT DEN «FREIEN MARKT». DESHALB IST ES HÖCHSTE ZEIT, DASS DIE SP ALTERNATIVEN ZUM GÄNGIGEN WIRTSCHAFTSMODELL AUFZEIGT. IDEEN HABEN WIR VIELE UND SEIT LANGEM. DOCH BEIM VERBREITEN DIESER IDEEN MÜSSEN WIR NOCH ZULEGEN.

25 Forderungen umfasst das 18-seitige Papier zur Wirtschaftsdemokratie, das am Parteitag Anfang Dezember letzten Jahres in Thun verabschiedet wurde. Ich persönlich finde das etwas viel, um jemandem konkret zu erklären, um was es der SP wirklich geht. Zudem ist das Papier für meinen Geschmack zu kompliziert geschrieben. In noch komplizierterer Sprache verfasst waren einige Anträge. Auch nach mehrmaligem Lesen verstand ich nicht, was genau gemeint war. Nach dieser Kritik, welche ich auch öffentlich geäussert habe, erhalte ich hier die Möglichkeit, das Positionspapier kurz vorzustellen.

Der Inhalt des Papiers

Helmut Kohl sagte einmal: «Entscheidend ist, was hinten rauskommt.» Das war das Motto der Wachstumswirtschaft im letzten Jahrhundert, heute reicht das nicht



Matthias Aebischer,
Nationalrat BE

Das Positionspapier sowie weitere Informationen und Links zum Thema finden sich unter www.wirtschafts-demokratie.ch

mehr. Die SP interessiert nicht nur, was hinten rauskommt, sondern eben auch die Art und Weise, wie es entsteht.

Im Folgenden die wichtigsten Forderungen des Positionspapiers zur Wirtschaftsdemokratie:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestimmen mit und profitieren vom Gewinn

Die SP will eine Wirtschaft, in der die Betroffenen mitbestimmen können. Bei grösseren Firmen soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Drittel der Sitze im Verwaltungsrat garantiert werden. Zudem sollen nicht nur die Chefs, sondern alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Gewinn einer Firma profitieren.

Nachhaltige Wirtschaftsmodelle und Service public fördern

Die SP setzt sich dafür ein, dass der Staat seine Verantwortung

wahrnimmt und nachhaltige Wirtschaftsmodelle fördert, bei denen nicht einzig und allein der Gewinn im Zentrum steht. Neue Steuern auf Boni und Börsengeschäften würden einem Fonds zugutekommen, welcher nachhaltige Wirtschaftsmodelle unterstützt. Zu solchen Wirtschaftsmodellen gehören auch die Service-public-Unternehmen SBB, SRG, Swisscom und die Post. Diese Unternehmen müssen gemeinwohlorientiert bleiben und ihre Dienste nicht ab-, sondern ausbauen.

Kampf gegen die Spekulation auf allen Ebenen

Die SP setzt sich dafür ein, dass die Bodenspekulation mit einer neuen Steuer massiv eingeschränkt wird. Land der öffentlichen Hand soll nur noch im Baurecht veräussert werden. Pensionskassen, Kantonalbanken und die Nationalbank sieht die SP als wichtige Akteure einer demokratischen Wirtschaft. Sie sollen ihre gesellschaftliche Verantwortung verstärkt wahrnehmen.

Bauern und Energieproduzenten aus der Region unterstützen

Die SP unterstützt Solar-, Wind- und Wasserkraft aus der Region. Sie macht sich zudem dafür stark, dass

einfach

auf allen Einkaufsebenen Bauern mit nachhaltiger Produktion aus der Region berücksichtigt werden.

Vermittlung der Wirtschaftslehre muss besser werden

Die SP will die Wirtschaftslehre auf allen Schulstufen mit Modellen der demokratischen, ökologischen und sozialen Wirtschaftslehre ergänzen. Genau wie im Lehrplan 21 soll diese auch in den Hochschulen und in der Weiterbildung ihren Platz finden. Die rein auf Gewinn ausgerichtete Lehre ist Schnee von gestern.

Zusammengefasst ist das also der Inhalt des neuen Positionspapiers. Einige Punkte sind neu, einige stehen seit Jahrzehnten in den verschiedensten Programmen der Sozialdemokratischen Partei. Es sind Forderungen, denen wohl kaum ein SP-Mitglied widerspricht. Noch einfacher, wenn auch nicht gern gesehen, ist es, zu sagen, für was wir nicht sind. Zum Verstehen der SP-Forderungen hilft diese Vorgehensweise jedoch.

■ Wir sind gegen Freihandelsabkommen, welche nur von Zollbefreiung und Gewinnmaximierung sprechen.

■ Wir sind gegen Grosskonzerne, die sich in der Schweiz als Muster-schüler aufspielen und gleichzeitig andernorts Menschen und Natur ausbeuten.

■ Wir sind gegen die Pauschalbesteuerung, welche bloss Steuerflüchtlingen aus anderen Ländern zugutekommt.

■ Wir sind gegen eine Unternehmenssteuerreform, welche die Reichen auf Kosten ehrlicher Steuerzahler noch reicher macht.

Mit andern Worten, wir sind für eine Wirtschaft, die allen zugutekommt, nicht nur den Millionärinnen und Milliardären. Mit diesem Ansatz muss die SP kämpfen und die Stimmbevölkerung davon überzeugen, dass sie zum Beispiel am 12. Februar 2017 gegen die Unternehmenssteuerreform III stimmt.

Ich bin überzeugt: Die meisten Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wollen eine Wirtschaft für alle und nicht nur für wenige. Unsere Arbeit ist es, den Leuten die wirtschaftlichen Zusammenhänge einfach zu erklären. In diesem Bereich müssen wir besser werden.

Wirtschafts-demokratie: Jetzt Bildungsmodul buchen!

Das heutige kapitalistische Wirtschaftsmodell ist verantwortlich für eine weltweit ständig grösser werdende soziale Ungleichheit und einen Raubbau an der Umwelt. Es steht damit am Ursprung von kriegerischen Konflikten und Flüchtlingselend. Im privilegierten globalen Norden, in Ländern wie der Schweiz, führt die Logik der Profitmaximierung zu einer Ausweitung prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen, zu zunehmendem Stress für die einen und Arbeitslosigkeit für die andern. Im Kapitalismus scheint es uns nicht zu gelingen, die immensen Produktivitätsgewinne oder den technologischen Fortschritt für das Gemeinwohl zu nutzen.

Doch ist eine andere, eine sozialere, demokratischere und ökologischere Wirtschaft überhaupt möglich? Und falls ja: Wie funktioniert eine solche? Diesen Fragen geht das neue Bildungsmodul «Wirtschaftsdemokratie» nach.

Die intensiven Diskussionen am letzten Parteitag der SP Schweiz haben gezeigt: Das Thema Wirtschaftsdemokratie polarisiert. Die grosse Mehrheit der Basis, die sich hinter das Papier stellte, verdeutlicht aber auch die Notwendigkeit, dieses Thema aktiv anzugehen.

Um die Grundlage dafür zu legen, hat die SP Schweiz eine halbstündige Präsentation ausgearbeitet, die wir in möglichst vielen Sektionen zeigen möchten. Die Präsentation eignet sich gut für Mitgliederversammlungen. Thematisiert werden die aktuellen Krisen, der Begriff der Wirtschaftsdemokratie, alternative Ansätze und konkrete Umsetzungsbeispiele.

Das Bildungsmodul ist ab März bereit und kann ab sofort ohne grossen Aufwand gebucht werden. Ihr müsst nur einen Raum, einen Beamer organisieren und eure Leute mobilisieren.

Das Bestellformular ist hier zu finden:
www.spschweiz.ch/wirtschaftsdemokratie

Bei Fragen und Anliegen zu diesem Modul oder wenn du selber gerne Referentin oder Referent werden möchtest, freuen wir uns über deine Kontaktaufnahme unter bildung@spschweiz.ch.

MIT MEHR
DEMOKRATIE
EINE WIRTSCHAFT
FÜR ALLE STATT
FÜR WENIGE
SCHAFFEN

Wirtschaftsdemokratische Erzählung

SP

Die Broschüre erklärt anhand von fünf Beispielen, worum es bei der Forderung nach mehr Demokratie in der Wirtschaft konkret geht. Sie kann bestellt werden unter bildung@spschweiz.ch

Werbung im postfaktischen Zeitalter

IN EINER ZEIT, IN DER FAKTEN IN DER POLITIK ZUNEHMEND IN DEN HINTERGRUND RÜCKEN UND DIE WAHRHEIT EINER AUSSAGE OFT WENIGER ZÄHLT ALS IHR EFFEKT, SEHNEN SICH VIELE MENSCHEN NACH WERTEN UND HALTUNGEN. DIE SP BEZIRK BRUGG HAT EINE PLAKAT-SERIE GEMACHT MIT MENSCHEN, DIE ZU IHREN WERTEN – UND ZUR SP ALS VERTRETERIN DIESER WERTE – STEHEN.



Nachdem der Oxford English Dictionary im November das Wort «post truth» zum internationalen Wort des Jahres erkoren hatte, folgte vor zwei Wochen die deutsche Gesellschaft für Sprache und erklärte sein deutsches Pendant «postfaktisch» zum Wort des Jahres. Das Wort hat mit der Wahl von Donald Trump seine Hochblüte erlebt: Die Menschen interessieren sich nicht mehr für Fakten, sondern folgen allein den Gefühlen. Das Begriffspaar «postfaktische Politik» bezeichnet ein politisches Denken und Handeln, bei dem Fakten nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Wahrheit und Hintergrundwissen haben keine Bedeutung; die Wahrheit einer Aussage tritt hinter den Effekt der Aussage zurück. Diskussionen verlaufen immer häufiger emotional. Unterschiedliche Standpunkte prallen mit zunehmender Intensität aufeinander. In sozialen Systemen und auch in der Politik kommt es vermehrt zu Lagerbildung und Polarisierung. Das, was man fühlt, ist Realität.

Die totale Überforderung

Die Informationsflut überfordert die meisten Menschen. Die Tatsache, dass unsere Gesellschaft geprägt ist durch Kürzestnachrichten,

unterstützt diesen Trend. In den Zeitungen suchen wir unter den Leads nach neuen interessanten Infos, wenn wir überhaupt noch eine Zeitung lesen und nicht nur «Blick am Abend» oder «20 Minuten» (das man in 5 Minuten gelesen hat). Wir verfassen und lesen kurze Facebook-Beiträge oder die Tweets von Twitter. Allen gemeinsam sind die extreme Kürze und die fehlenden Hintergrundinformationen. Für mehr haben wir keine Zeit und keine Lust.

Die Parteien, allen voran die SVP, sind schon lange auf diesen Zug aufgesprungen; Schlagworte statt differenzierte Auseinandersetzung mit einem Thema heisst das Credo. Wie wird man trotz der Flut von Informationen gehört? Indem man Tabus bricht! So taucht man aus der Flut von Informationen an die Oberfläche. Der Tabubruch gehört zum postfaktischen Zeitalter dazu. So erhält man Aufmerksamkeit – auch durch die Medien. «Sozialschmarotzer», «Scheininvaliden» sind typische Wortprägungen dieser Zeit. Vor allem die Rechte nutzt den Trend zur Kürze für ihre Ziele; mit Scheinwörtern werden die eigentlichen Probleme zugedeckt. Mit der Zeit werden sie zum «normalen Sprachgebrauch».

Das Gefährliche daran ist, dass Grundwerte, welche unsere Gesellschaft ausmachen, ins Lächerliche gezogen werden, und vor allem die eigentliche Problematik unter Scheinwörtern begraben wird.

Zu seinen Werten stehen

Die SP Bezirk Brugg möchte dazu einen Kontrapunkt setzen und Werte wieder in den Vordergrund rücken. Viele Menschen haben genug von dieser Oberflächlichkeit und sehnen sich nach positiven Werten und Haltungen, welche unsere westliche Gesellschaft ausmachen.

Gesucht wurden Menschen verschiedenen Alters mit Werten, die sie auch in ihrem Leben vertreten. Gefunden wurden zwölf überzeugende «Models» mit je einem persönlichen Leitspruch. Diese Personen sind überzeugt, dass Werte wieder wichtiger werden, und stehen persönlich dafür und auch für die SP ein, die Partei, welche diese Werte am ehrlichsten vertritt.

Originell, ausdrucksstark und überzeugend präsentierten sich die Menschen auf den Plakaten und Fotokarten bei Live-Musik Mitte November anlässlich der Vernissage mit Apéro. Nationalrat Cédric Wermuth erinnerte sich an seine Jugendzeit im Freiamt, als die SP die Parteipost in neutralen Kuverts verschickte, damit der Pöstler nicht wusste, in welchen Haushalten die Linken lebten. Cédric zeigte sich erfreut über die Neuartigkeit dieses Anlasses und ging gedanklich zurück bis zur französischen Revolution mit ihrem Aufruf zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Werte, die auch heute noch gelten. Nationalrätin Yvonne Feri doppelte nach, dass in einer Zeit, wo es nur noch um links oder rechts gehe, die Frage nach zukunftsfruchtigen Werten zentral sei.



**Basiskurs für Mitglieder von
Stiftungsräten und Vorsorge-
kommissionen** D1.8.1701

8.3.–10.3.2017, Freienhof, Thun
Zusammenspiel der Sozialversi-
cherungen, BVG, Begriffe, Verant-
wortung, Haftung, Kapitalzins,
technischer Zinssatz, Rechtsver-
hältnisse, Deckungsgrad, Säule 3a
Referenten: Sabino Di Mambro
(Fachmann für Personalvorsorge),
Roman Kahr (Fachspezialist BVG),
Heinrich Nydegger (Unia)

Selbstsicheres Auftreten

D2.4.1715
13./14.3.2017, Hotel Toggenburger-
hof, Kirchberg (SG)
Sicherheit gewinnen, rhetorische
Stilmittel, Videotraining
Referentin: Nora Herzog (Erwach-
senenbildnerin)

**Aufbaukurs für Mitglieder von
Stiftungsräten und Vorsorge-
kommissionen** D1.8.1703

22./24.3.2017; Solbadhotel,
Sigriswil
Freizügigkeits- und Wohneigen-
tumsförderungsgesetz, Teilliqui-
dation, Anlageorganisation BVV 2,
Risiken, Deckungsgrad, internes
Kontrollsystem (IKS), Struktur-
reform

Referenten: Sabino Di Mambro
(Fachmann für Personalvorsorge),
Roman Kahr (Fachspezialist BVG),
Heinrich Nydegger (Unia)

**Meine Rechte am Arbeitsplatz
praktisch erklärt** D2.2.1701

27.4.2017, Jugendherberge, Zürich
Gesetzliche Grundlagen des
Arbeitsrechts, Fallbeispiele
Referent: David Aeby (Unia)

**Politische Zusammenhänge
verstehen** D2.1.1701

27./28.4.2017, Hotel Balsthal,
Balsthal
Die schweizerische Demokratie,
politische Abläufe und Macht-
verhältnisse, Rolle der Medien,
Einflussnahme der Gewerkschaf-
ten auf die Politik
Referentinnen: Sibel Arslan (Natio-
nalarätin), Bettina Stüssi (Movendo)

Die Wirtschaft verstehen D1.8.1707

4./5.5.2017, Männedorf ZH,
Seminarhaus Boldern
Ökonomische Grundbegriffe und
Zusammenhänge, bezahlte und
unbezahlte Arbeit, Rezepte der
Gewerkschaften für eine gerech-
tere Wirtschaft
ReferentInnen: David Gallusser
(Ökonom), Daniel Lampart (SGB),
Danièle Lenzin (Unia)

**Doppelte Buchhaltung:
Einführungskurs** D1.8.1717

10./11.5.2017 Oberdorf SO,
Fortbildungszentrum
Eine Vereinsbuchhaltung eröffnen,
Geschäftsfälle verbuchen und die
Jahresrechnung erstellen.
Referentinnen: Karin Baumann
(Unia), Anna-Barbara Kappeler
(Fachmitarbeiterin Treuhand),
Ezgi Karaboya (Fachmitarbeiterin
Treuhand)

KUNDGEBUNG

**Freiheit, Frieden, Rechtsstaat und Demokratie in der Türkei
statt Repression, Krieg und Diktatur!**

25. März 2017 in Bern, 14 Uhr auf dem Bundesplatz.

**Wir rufen die Bevölkerung in der Schweiz auf, an der Demonstra-
tion teilzunehmen und damit der Solidarität mit den Verfolgten und
Gefangenen in der Türkei Ausdruck zu geben.**

AGENDA 2016/2017

12. FEBRUAR
Abstimmungen

17. FEBRUAR
«Die Fraktion lädt ein», Bern

1. APRIL
DV, Bellinzona

6. MAI
Mitgliederkonferenz SP60+, Bern

21. MAI
Abstimmungen

24. JUNI
DV

24. SEPTEMBER
Abstimmungen

14. OKTOBER
DV

1. NOVEMBER
Abstimmungen

11. NOVEMBER
Herbstanlass SP60+, Zürich

DIENT EUCH DAS?

Das «Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandortes Schweiz», kurz USR III genannt, ist eine duftige Sache: «Eine schlaunere Vorlage gab es nie», posaunt Ueli Maurer. Beim Zusammenbasteln habe man die Konzerne gefragt: «Dient euch das?» Und siehe da, auch sie finden die USR III total lässig. Holla, die Waldfee! Es ist ein bisschen, als würde man den verdutzt-überraschten Lottogewinner bei der feierlichen Übergabe des überdimensionierten Millionen-Schecks fragen: «Dient dir das?» Es ist eine rhetorische Frage.

Es kommt halt immer darauf an, wen man fragt. Hätte er andere gefragt, hätte er andere Antworten – «alternative answers» – bekommen. Zum Beispiel von den Gemeinden, denen auf einen Schlag ein substanzieller Teil der Steuereinnahmen wegbriecht. Diese, so der Finanzminister in der «Berner Zeitung» lapidar, müssten «halt ihre Ausgaben überprüfen». Und weiter, entlarvend herablassend: «Ich glaube, manche Gemeinden haben ganz generell ein nicht besonders ausgeprägtes Bewusstsein, öffentliche Leistungen effizient zu erbringen.» Als Gemeindepräsident mit einem Budget, das sich wie die meisten vor allem

STEFAN KRATTIGER

**ROT
STICH**



aus gebundenen Ausgaben zusammensetzt und kaum Spielraum lässt, finde ich: Vom ehemaligen Militärminister muss ich mir das nicht sagen lassen!

Ueli Maurer hat ausgerechnet die nicht gefragt, die den Heidenspass berappen sollen: uns! Das Volk, die normalen Steuerzahlenden, den Mittelstand. Blöd gelaufen. Er würde es wohl – wie die Milliarden, die in den öffentlichen Kassen fehlen – als «Detail» abtun. Lieber Herr Bundesrat, dank dem Referendum können wir das Versäumnis jetzt hurtig nachholen. Die Abstimmungsfrage ist simpel: «Dient dir das?» Es ist eine rhetorische Frage.

Milliarden- Bschiss am Mittelstand!

**Wir bezahlen, Grossaktionäre
profitieren. So nicht!**

NEIN

**Abstimmung vom
12. Februar 2017
über die USR III**

zum Unternehmenssteuer-Bschiss